

Pro

Enorme Vorteile



Die Bereitschaft zu Notfalldiensten nimmt immer mehr ab. Dies ist dem verstärkten Wunsch nach geregelter Freizeit geschuldet, aber auch einem zunehmenden Sicherheitsbedürfnis der Kollegen. Klagen über Patientenaufnahme im Notfalldienst nehmen zu, Befreiungsanträge ebenfalls. Parallel dazu steigt das Anspruchsdenken der Patienten, die bei Nichterreichbarkeit

ihres Zahnarztes die ärztlichen Notfallzentren aufsuchen, in denen sie keine adäquate Behandlung erfahren können und dementsprechend die öffentliche Meinung über die Tagespresse mobilisieren. Über kurz oder lang wird die Politik reagieren und eine Regelung erlassen, wenn wir nicht selbst tätig werden. Deshalb hat die Vertreterversammlung der KZV BW nach einer Meinungsbildung in allen Kreisversammlungen dem Vorstand den Auftrag erteilt, ein Konzept zur Neustrukturierung des Notfalldienstes zu entwickeln. Die Idee der NFD-Z ist nicht neu. Schon vor über 30 Jahren haben die Zahnärzte in Mannheim eine zentrale Notfallpraxis installiert, die sich fest etabliert hat. In Heidelberg wurde vor fünf Jahren ebenfalls eine Notfallpraxis eröffnet, die von Anfang an stark frequentiert wurde.

Die Erfahrungen wurden als Grundlage bei der Erstellung des Konzepts genutzt. Dessen Eckpunkte sind:

- ▶ Neuaufteilung der Zahnärztlichen Notfalldienstbereiche in BW mit je einem zentralen Notfalldienstzentrum
- ▶ gesonderter einheitlicher Notfalldienstbeitrag
- ▶ Selbstkostendeckungsprinzip
- ▶ Versorgung von Schmerzpatienten an Wochenenden, Feiertagen, Tag und Nacht, auch unter der Woche
- ▶ identische Öffnungszeiten und Ausstattung mit derselben Versorgungsqualität

Die Vorteile liegen auf der Hand: Der Zwang, Notfalldienste zu übernehmen, entfällt. Der Notfalldienstbeitrag kann mit freiwilligem Dienst bei adäquater Vergütung erarbeitet werden. Es werden nur Notfallversorgungen mit anschließender Überweisung an den Hauszahnarzt übernommen. Die geregelte Freizeit ist gesichert. Daneben ist die Bevölkerung zu allen Zeiten versorgt, die beste Art von professioneller Öffentlichkeitsarbeit.

Verantwortliche Landespolitik darf nicht nur reagieren, sondern verlangt frühzeitiges Erkennen von Handlungsfeldern und vorausschauendes Agieren mit entsprechendem Risikomanagement für ein zufriedenstellendes berufliches Umfeld.

Dr. Hans Hugo Wilms, Murg

Contra

Enorme Risiken



Das vom Vorstand der KZV vorgestellte Notfalldienst-Konzept scheint auf den ersten Blick einfach bestechend. Kein Zwang zum Notdienst, flächendeckende NFD-Zentren, höhere Sicherheit, Kostenersparnis, Work-Life-Balance und so weiter gegen einen Solidarbeitrag von 700 Euro im Jahr.

Doch wie immer bringt ein zweiter Blick die Ernüchterung.

Viele Fragen tauchen auf: Was ist, wenn die vielen freiwilligen Zahnärzte ausbleiben, um den Betrieb der NFD-Zentren aufrecht zu erhalten? Kommt dann wieder die Notdienstpflicht für alle? Wo findet man die vielen Helferinnen für die Nacht- und Wochenenddienste? Was geschieht, wenn der Umsatz einbricht? Erhöhung der Umlage oder Ausbau des NFD-Zentrums zum Ambulatorium oder MVZ? Werden die Einnahmen aus dem Budget entnommen?

Auf all diese wichtigen Fragen bleibt das Konzept die Antworten schuldig. Als Alternative zur Neustrukturierung käme eine Optimierung der vorhandenen Notdienststörung in Frage. Die Vergrößerung der Notdienstbezirke ist die primäre und einfachste Maßnahme, um die Praxen zu entlasten. Als nächstes muss die Abgabe und nicht nur der Tausch eines Dienstes ermöglicht werden.

Budgetfreiheit der im Notdienst erbrachten Leistungen sowie eine Notdienstbereitstellungspauschale, analog der Pauschale bei den Apotheken, sollten von der KZV beziehungsweise KZBV bei den Vertragspartnern eingefordert werden. Eine Trennung von Tag- und Nachtdienst, nachts nur in Kliniken oder kieferchirurgischen Großpraxen, sollte evaluiert werden. Die Gründung und der Betrieb einzelner NFD-Zentren, beispielsweise in Ballungsräumen, ist weiterhin möglich.

Nach Abwägung der enormen finanziellen und standespolitischen Risiken zu Lasten der nachfolgenden Generation, die ein derartig großes Unternehmen darstellt, kann nur die Alternative „Verbesserung der derzeitigen Notdienststörung“ positiv entschieden werden.

Dr. Joachim Härer, Landesvorsitzender BW